



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Fairness durch Vergleichbarkeit – Für ein gemeinsames Kernabitur

Der Landtag wolle beschließen:

Vergleichbare Abschlüsse sind ein Gebot der Fairness für jede Schülerin und jeden Schüler. Gleiche Leistungen sollten grundsätzlich in ganz Deutschland gleich benotet werden. Insbesondere, wenn es um die Beurteilung von Kernkompetenzen der Studierfähigkeit geht, sollten Abiturientinnen und Abiturienten nicht nur Prüfungen auf hohem Niveau ablegen, sondern dafür auch einheitliche Bedingungen vorfinden – egal ob sie in Bayern oder einem anderen Bundesland Abitur schreiben. Dazu braucht es die Einführung eines länderübergreifenden und an den nationalen Bildungsstandards orientierten Kernabiturs, welches von allen Schülerinnen und Schülern zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife gleichermaßen abgelegt werden muss. Dieses soll extern ausgewertet werden, um einen möglichst unverfälschten Vergleichsmaßstab zu bieten. Das Kernabitur wird um länderspezifische Komponenten ergänzt. Darüber hinaus sollten mit wissenschaftlicher Begleitung Möglichkeiten gesucht werden, um gemeinsam mit allen Beteiligten die Transparenz, Vergleichbarkeit und Qualität im Bildungswesen in Deutschland unter Wahrung der Länderkompetenz für Bildung zu verbessern. So kann der Föderalismus den Herausforderungen einer immer mobileren Gesellschaft gerecht werden und gleichzeitig der Qualitätswettbewerb zwischen den Bundesländern belebt werden.

Deshalb wird die Staatsregierung aufgefordert,

- den mit der Schaffung eines gemeinsamen Aufgabenpools für die Abiturprüfungen nach den nationalen Bildungsstandards eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen. Hierzu sollten die Bemühungen, um mehr Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit intensiviert werden.
- auf gemeinsame Abiturprüfungen in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch (bzw. der fortgeführten Fremdsprache) hinzuwirken, die Kernkompetenzen unter gleichen Bedingungen, zum gleichen Zeitpunkt und mit externer Auswertung/Korrektur abfragen. Wie schon bei den Aufgabenpools sollte Bayern wieder eine Vorreiterrolle einnehmen und in Kooperation mit anderen Bundesländern auf ein gemeinsames Kernabitur auf hohem Niveau hinwirken. Das Ziel muss dabei sein, dass Bayerns Niveau zum Maßstab für Deutschland werden kann. Dies kann auch ohne Beteiligung des Bundes in einem Staatsvertrag der Länder verankert werden.
- die Bestrebungen zur Einführung eines Nationalen Bildungsrats zu unterstützen, sofern sichergestellt werden kann, dass die Bundesländer nicht überstimmt werden können.
- dem Landtag bzw. dem Ausschuss für Bildung und Kultus jeweils zu den Sitzungen der Kultusministerkonferenz Bericht über den Fortschritt bei diesen Themen zu erstatten.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil (zum NC im Medizinstudium) festgestellt, dass ein „Ausgleich zwischen den verschiedenen Länderstandards nach dem derzeitigen Stand verfassungsrechtlich geboten“ ist. Mit dem vorgeschlagenen Kernabitur wird die Basis für eine bessere vergleichbare Leistungsmessung über die Grenzen von Bundesländern hinweg geschaffen und damit der Wettbewerb um die besten Bildungssysteme intensiviert. Das schafft Sicherheit und Transparenz, sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Arbeitgeber und Hochschulen. Grundsätzlich muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Ungleiches darf jedoch nicht gleichbehandelt werden.

Wer einen Schulabschluss erwirbt, soll unter fairen, nachvollziehbaren und vergleichbaren Bedingungen geprüft werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat 16 verschiedene Standards beim Abitur, obwohl die Durchschnittsnoten bundesweit einheitlich gewertet werden.

Wenn Studienanfängerinnen und -anfänger bundesweit um Studienplätze konkurrieren, sollte ihnen auch bundesweit vergleichbare Wettbewerbsbedingungen geboten werden. Bisher herrscht dahingehend keine Leistungsgerechtigkeit, da Abiturnoten aus verschiedenen Bundesländern bei der Studienplatzvergabe oft gleich gewichtet werden und auch der Staatsvertrag über die Hochschulzulassung nur ein unbefriedigendes Konstrukt ist.

Ein gesellschaftlicher Konsens und Wunsch nach einer Veränderung ist erkennbar: In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov zeigte sich, dass 74 Prozent der bayerischen Bürgerinnen und Bürger bundesweit einheitliche Standards beim Zentralabitur befürworten. Bundesweit sprachen sich sogar fast 80 Prozent der Befragten für einheitliche Abschlussprüfungen, wie etwas beim Zentralabitur, aus. Nur 28 Prozent der Befragten befürworteten den Bildungsföderalismus in der bestehenden Form, ganze 61 Prozent lehnten ihn dagegen ab. Die Zustimmung für ein bundesweit einheitliches Kernabitur ist unabhängig vom Bundesland hoch. Zudem könnten sogar die Prüfungstermine bundesweit gemeinsam festgelegt werden, da sie sich ohnehin in einem ähnlichen Zeitfenster befinden.

Der Aktionsrat Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. fordert bereits seit 2011 die Einführung eines bundesweit vergleichbaren Kernabiturs. Hierzu gibt es ein wissenschaftliches Gutachten für ein umsetzbares Konzept, welches konkrete Empfehlungen für die Durchführung und Umsetzung einer länderübergreifenden Abiturkomponente unterbreitet. Dies könnte die Staatsregierung beim Einsatz für das Kernabitur beispielsweise zur Orientierung nutzen.

Im Gegensatz zu einem bundeseinheitlichen Zentralabitur bleiben individuelle Entscheidungsräume der zuständigen Bundesländer und einzelnen Schulen durch ein Kernabitur weiter erhalten. Die Autonomie der einzelnen Schulen soll erhalten und die Vergleichbarkeit durch ein gemeinsames Kernabitur ermöglicht werden.